

**Ergebnisprotokoll der 11. Sitzung
des Arbeitskreises Archivische Bewertung
im VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare
am 14. November 2006 bei der Geschäftsstelle des VdA in Fulda**

Teilnehmer: Albrecht Ernst, Jochen Hecht, Angela Keller-Kühne, Wolfgang Mährle, Wolfgang Müller, Andreas Pilger, Kathrin Pilger, Max Plassmann, Clemens Rehm, Jürgen Treffeisen

Entschuldigt: Matthias Buchholz, Diether Degreif, Annette Hennigs Thekla Kluttig, Robert Kretzschmar, Margit Ksoll-Marcon, Edgar Lersch, Anette Meiburg, Burghard Nolte, Katharina Tiemann, Peter K. Weber und Martina Wiech

Tagesordnung:

1. Weitere Arbeitsplanung für den Arbeitskreis
2. Bilanz der Bewertungssektion auf dem Deutschen Historikertag 2006
3. Bewertung von Unterlagen aus dem Bereich "Schule und Bildung"

Sitzungsdauer: 11.00 – 15.00 Uhr

Herr Pilger begrüßt die Anwesenden und dankt der VdA-Geschäftsstelle, insbesondere dem Geschäftsführer des VdA, Herrn Thilo Bauer, für die Möglichkeit, dort tagen zu können. Änderungen und Ergänzungen zur Tagesordnung werden nicht gewünscht.

TOP 1 Weitere Arbeitsplanung für den Arbeitskreis

Die Anwesenden nutzen die Aussprache über die weitere Arbeitsplanung, um eine Zwischenbilanz des Erreichten zu ziehen. Herr Rehm erklärt, dass ein wichtiger Erfolg des Arbeitskreises darin liege, dass sich Archivarinnen und Archivare mit dem Positionspapier spartenübergreifend auf einheitliche Standards verständigt hätten. Eine solche spartenübergreifende Abstimmung habe es bisher im deutschen Archivwesen nicht gegeben. Ohne diesen Erfolg grundsätzlich zu bestreiten, fragen Herr Hecht und Herr Ernst kritisch nach den bisherigen Wirkungen des Positionspapiers. Auch Herr Treffeisen greift diese kritische Frage auf und weist darauf hin, dass die im Positionspapier formulierten Standards mit Blick auf die Vielzahl der spartenspezifischen Anwendungsfälle oft sehr allgemein und unverbindlich gehalten seien. Sie könnten deshalb auch nicht als konkrete Handlungsanweisungen dienen, sondern nur einen Rahmen abstecken, der in der weiteren Arbeit und entsprechenden Papieren des Arbeitskreises zu Einzelaspekten ausgestaltet werden müsse.

In der anschließenden Diskussion wird darüber beraten, ob die Konkretisierung der im Positionspapier enthaltenen Thesen eher über eine Bearbeitung von einzelnen Sachthemen bzw. Verwaltungszweigen (wie z. B. "Schule und Bildung") oder über eine vertiefte Auseinandersetzung mit ausgewählten grundsätzlichen

(themenübergreifenden) Bewertungsproblemen erfolgen sollte. Herr Mährle plädiert für eine verstärkte Bearbeitung von methodischen Fragen und grundsätzlichen spartenübergreifenden Problemen der Bewertung. Dies würde der Zielsetzung und personellen Zusammensetzung des Arbeitskreises am besten gerecht werden und ließe in dem bestehenden organisatorischen Rahmen die interessantesten Ergebnisse erwarten. Bei einer Konzentration auf die Bewertung bestimmter Themenfelder/Verwaltungszweige träte der Arbeitskreis hingegen in Konkurrenz zu Arbeitsgruppen, die auf verschiedensten Ebenen bereits bestünden. Die Mehrheit der Anwesenden schließt sich dieser Meinung an. Insbesondere Herr Rehm weist darauf hin, dass bei der Bearbeitung von Einzelthemen immer nur ein Teil der im Arbeitskreis vertretenen Archivsparten angesprochen würde und sich daher der Ansatz einer spartenübergreifenden Verständigung auf diese Weise nur eingeschränkt realisieren ließe. Überdies wird darauf hingewiesen, dass die Auseinandersetzung mit Einzelthemen eine intensive Vorbereitung und darüber hinaus auch in den Sitzungen längere Phasen der Erarbeitung und Diskussion erfordern würde, die mit Blick auf die Organisationsform des Arbeitskreises (zwei zeitlich begrenzte Sitzungen pro Jahr) nicht zu leisten seien. Betont wird dabei allerdings (u. a. von Frau Pilger und Herrn Mährle), dass auch die Diskussionen zu grundsätzlichen Fragen der Bewertung (wie bisher) ihren Ausgangs- und Bezugspunkt in konkreten Problemen aus der archivischen Praxis haben sollten. Als mögliche Themen für den Arbeitskreis werden vorgeschlagen:

- die Evaluation von Bewertungsentscheidungen
- die Gewährleistung von Transparenz in der Bewertung
- die Diskrepanz zwischen der Forderung nach einer zeitnahen Bewertung und der Möglichkeit einer angemessenen historischen Beurteilung, die einen zeitlichen Abstand voraussetzt (Problem der Historizität der Bewertung). In diesem Zusammenhang könnten auch die Themen "Zwischenarchiv" und "Nachkassation" behandelt werden.
- Auswirkungen der Verwaltungsreform (u. a. Dezentralisierung von Entscheidungen, zunehmende Bedeutung der Public-Private-Partnerships) auf das Prinzip der horizontalen und vertikalen Bewertung
- Interdependenzen zwischen der Bewertung analoger und elektronischer Unterlagen

Die Anwesenden betonen, dass ein wesentlicher (Selbst-)Zweck des Arbeitskreises bereits im Austausch der Archivarinnen und Archivare über die genannten Themen bestehe. Trotzdem wird angestrebt, die Ergebnisse des Austauschs auch für die archivische Fachöffentlichkeit festzuhalten. Dies sollte nicht nur durch die Protokolle der Arbeitskreis-Sitzungen erfolgen. Zustimmung findet der Vorschlag von Herrn Treffeisen, der Arbeitskreis solle zu ausgewählten Themen pragmatisch orientierte Checklisten erarbeiten, die mit Hilfe von handhabbaren Kriterien die Entscheidungsfindung bei der Bewertung erleichtern.

TOP 2 Bilanz der Bewertungssektion auf dem Deutschen Historikertag 2006

Herr Pilger berichtet über die Durchführung der vom Arbeitskreis initiierten Sektion "Geschichtsbilder der Archive/Geschichtsbilder der Wissenschaft. Dokumente und Deutungen zur Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er Jahre" auf dem Deutschen Historikertag in Konstanz (19.-22. September 2006).¹ Der Bericht wird diskutiert. Trotz der Kritik an der Vorbereitung und Durchführung der Sektion in Einzelpunkten wird von den Anwesenden die Präsenz des VdA auf dem Deutschen Historikertag positiv bewertet. Es wird empfohlen, auch bei zukünftigen Historikertagen auf eine Beteiligung von Archivarinnen und Archivaren hinzuwirken.

TOP 3 Bewertung von Unterlagen aus dem Bereich "Schule und Bildung"

Einleitend werden drei Kurzreferate vorgetragen, die diesem Protokoll als Anlage beigefügt sind:

- Überlegungen zur Bewertung von Unterlagen der unteren Schulaufsicht (von Kathrin Pilger) [Anlage_KPilger]
- Bewertung der Schulunterlagen in Baden-Württemberg (von Jürgen Treffeisen) [Anlage_Treffeisen]
- Überlieferung zur Schul- und Bildungspolitik im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (von Angela Keller-Kühne) [Anlage_Keller_Kuehne]

In der Diskussion der Kurzvorträge werden verschiedene Aspekte der Überlieferungsbildung angesprochen und folgende Positionen geäußert:

- Angesichts der starken Vermischung von kommunalem und staatlichem Handeln, wie sie für die Schulämter in Nordrhein-Westfalen charakteristisch ist, fordert Herr

Rehm eine größtmögliche Transparenz bei der Überlieferungsbildung. Die Forderung wird von Herrn Hecht und anderen Anwesenden unterstützt. Der Vorschlag, ggf. staatliche Akten aus den Stadtarchiven wieder zurückzuführen, wird diskutiert, letztlich aber als in den meisten Fällen unpraktikabel verworfen. Herr Müller weist darauf hin, dass in die Komplexität der Überlieferungslage die Dokumentationstätigkeit erziehungswissenschaftlicher Lehrstühle im Rahmen bildungsgeschichtlicher Forschungsprojekte mit einzubeziehen sei.

- Herr Treffeisen konstatiert im Vergleich der Referate eine erhebliche Diskrepanz zwischen den großen Themen der Bildungspolitik, die z. B. in den Politikernachlässen dokumentiert sind, und den praktischen Anwendungsfällen in der Schule vor Ort. Zentrale bildungspolitische Themen, die auch die öffentlichen Diskussion prägen, würden sich nur sehr bedingt in der Überlieferung der einzelnen Schulen niederschlagen; ein Abgleich zwischen den Überlieferungen auf der Ebene der Politik und der Ebene der einzelnen Schulen sei deshalb schwierig.
- Herr Ernst weist darauf hin, dass trotz der formalen Steuerungskompetenz in zentralen Aufgabenbereichen auch und gerade die Überlieferung der politisch-administrativen Ebene einer kritischen Sichtung bedarf. Er berichtet von Erfahrungen bei der Bewertung von Ministerialakten, die gezeigt hätten, dass Unterlagen, die auf den ersten Blick den Eindruck einer Dokumentation zentraler politische Entscheidungen gemacht hätten, sich bei genauerer Prüfung in erster Linie als Materialsammlung herausgestellt hätten.
- Auch wenn von den Anwesenden (z. B. von Frau Keller-Kühne) die Bedeutung von Materialsammlungen als Grundlage für politische Entscheidungen im Einzelfall durchaus anerkannt wird, besteht grundsätzliche Einigkeit, dass umfangreichere Materialsammlungen (v. a. Druckschriften), zumal wenn sie ohne nennenswerten politisch-administrativen Reflex geblieben sind, nur im Ausnahmefall bzw. nur in Auswahl archiviert werden können.
- In der Diskussion um die Auswahl bedeutender Einzelfälle bei Lehrpersonalakten hebt Herr Ernst den Umstand hervor, dass die Beurteilung der historischen Bedeutung einer Person in der Regel einen zeitlichen Abstand der Bewertung voraussetzt. Dieser Umstand konkurriert mit der (auch vom Arbeitskreis in seinem Positionspapier formulierten) Forderung nach einer

¹ Eine Zusammenfassung dieses Berichts wird in Heft 1/2007 des "Archivars" veröffentlicht werden. Ein Tagungsbericht des Historikers Mathias Mutz ist inzwischen auf den Internetseiten von H-Soz-u-Kult erschienen (<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=1181>).

möglichst zeitnahen Bewertung. Wegen der grundsätzlichen Problematik der Historizität von Bewertungsentscheidung wird das Thema in den Katalog übergreifender Bewertungsprobleme aufgenommen, mit denen sich der Arbeitskreis in seinen nächsten Sitzungen beschäftigen will.

- Herr Pilger macht darauf aufmerksam, dass die bei der Schulaufsicht in Nordrhein-Westfalen festzustellende Tendenz einer fachlichen Spezialisierung einzelner regionaler Mittel- bzw. Unterbehörden einen generellen Aspekt der Verwaltungsmodernisierung ausmacht, der für die Bewertungsverfahren nicht ohne Folgen ist. Die zunehmende Dezentralisierung von Aufgaben (vor allem nach der Auflösung von Landesoberbehörden) stellt das Konzept der vertikalen und horizontalen Bewertung, das von einem festen hierarchischen Behördenaufbau und einer weitgehend gleichförmigen Aufgabenwahrnehmung ausgeht, grundsätzlich in Frage. Die an diesem Beispiel sichtbar werdenden Wechselwirkungen zwischen Verwaltungsreform und Bewertungstheorie werden als Thema in das Programm des Arbeitskreises für die nächsten Sitzungen aufgenommen.

Die nächste Sitzung des Arbeitskreises Bewertung soll am 20. März 2007 beim Archiv für Christlich-Demokratische Politik in St. Augustin stattfinden.

gez. Pilger
23. Januar 2007